

Januar 2020

Eine Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

ARD-DeutschlandTREND



Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	1
Sorgen überwiegen zu Beginn des neuen Jahres.....	3
Wichtigste politische Probleme: Zuwanderung und Klima	4
Zukunftserwartungen: Digitalisierung wird Alltag erleichtern, gute Beschäftigungschancen, Sorgen beim Lebensstandard	5
Regierungsarbeit: Kritik leicht gesunken	6
Parteikompetenzen: Schwarz-Rot mit Vertrauensdefizit bei Umwelt, Zuwanderung und Digitalisierung	7
Politikerzufriedenheit: Kanzlerin Merkel führt Politikerliste an	9
Politische Stimmung zum Jahresauftakt weitgehend stabil, Union mit leichten Zugewinnen.....	10
Studieninformation.....	12

Zusammenfassung

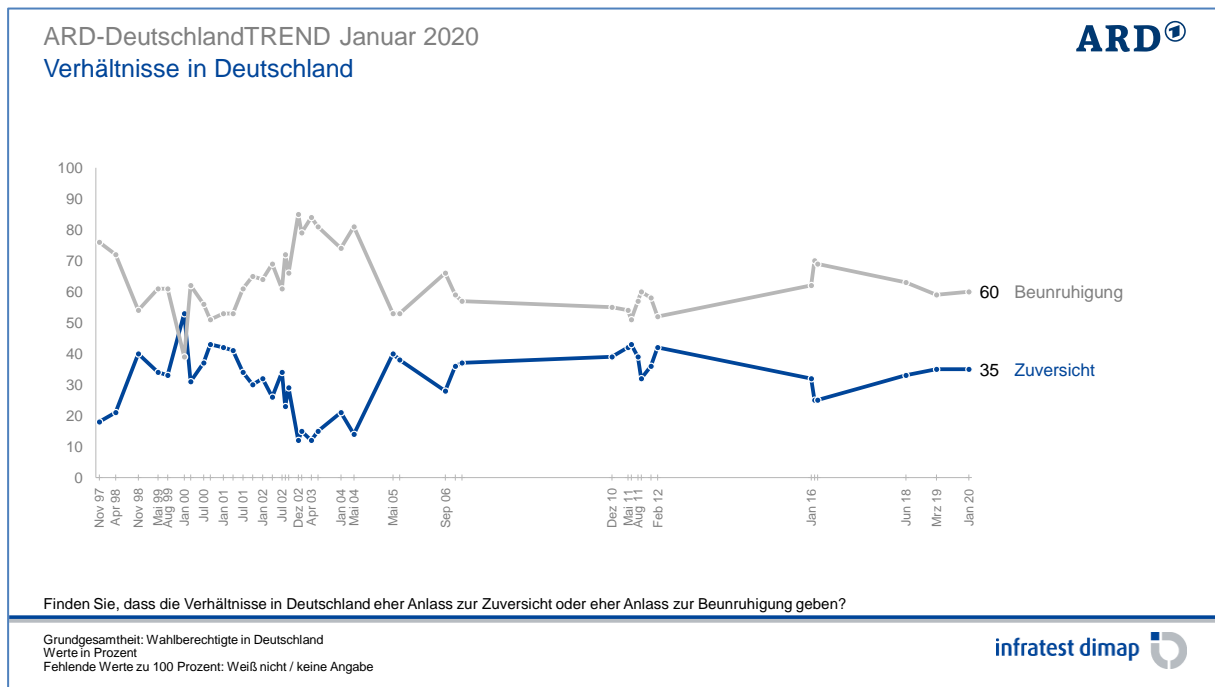
Unter den Deutschen überwiegen auch zu Beginn des Jahres 2020 die Sorgen. Ähnlich wie 2019 geben die Verhältnisse in Deutschland für sechs von zehn Deutschen Anlass zur Beunruhigung, ein gutes Drittel sind zuversichtlich gestimmt. Bei den politischen Problemen, die die Deutschen zu Jahresbeginn besonders bewegen, stehen Fragen von Zuwanderung und Klimaschutz an oberster Stelle, gefolgt von Bildung, sozialer Ungleichheit und Altersvorsorge. Dagegen spielen Wirtschafts- und Arbeitsmarktaspekte für die Deutschen trotz einer zuletzt stockenden Konjunktur weiterhin eine nur nachgeordnete Rolle. Die arbeitsmarktpolitischen Erwartungen bleiben entsprechend positiv. Unter den Erwerbstätigen überwiegt die Einschätzung, dass ihre Chancen auf Erhalt ihres jetzigen Arbeitsplatzes oder auf den Wechsel in eine neue und bessere Tätigkeit in den kommenden Jahren eher steigen als sinken werden. Weniger optimistisch sind die Deutschen, wenn es um die Entwicklung des eigenen Lebensstandards geht: 40 Prozent rechnen mit einem wachsenden Lebensstandard, ein gutes Drittel dagegen mit einem sinkenden. In Fragen der Digitalisierung zeigen sich die Deutschen zu Beginn des neuen Jahrzehnts alles andere als technikskeptisch: Sechs von zehn erwarten, dass die Digitalisierung ihren Alltag in den kommenden Jahren erleichtern statt erschweren wird.

Die Sicht der Deutschen auf die Bundespolitik fällt zu Beginn des neuen Jahrzehnts erneut nüchtern aus. Auch wenn die schwarz-rote Koalition im Urteil leicht besser abschneidet als zum Jahresende üblich, nach wie vor knapp zwei Drittel der Bundesbürger Kritik an der Regierungsarbeit, nur ein gutes Drittel äußert sich zufrieden. Gemessen an ihren gemeinsamen Kompetenzwerten leiden die Berliner Regierungsparteien vor allem in den Bereichen Umwelt, Zuwanderung und Digitalisierung unter Vertrauensdefiziten. In Fragen der Digitalisierung überzeugen Unionsparteien und Sozialdemokraten zusammen nur knapp ein Drittel, in der Zuwanderungspolitik nur unwesentlich mehr. In der Umwelt- und Klimapolitik setzt aktuell sogar nur jeder fünfte Wahlberechtigte auf Union und SPD. Dem gegenüber steht ein nach wie vor vergleichsweise großes Sachvertrauen in die Volksparteien insbesondere in Fragen der Außen-, Familien- und Wirtschaftspolitik, ebenso bei der inneren Sicherheit und der Terrorbekämpfung. Hier vertraut jeweils mindestens die Hälfte der Bundesbürger auf Union und SPD.

Allerdings besteht zwischen den Berliner Bündnispartnern ein deutliches Kompetenzgefälle, das im Regelfall zugunsten der Unionsparteien ausfällt: Allein in der Familienpolitik, beim Einsatz für angemessene Löhne und für bezahlbaren Wohnraum schneidet die SPD im aktuellen Kompetenzurteil der Bundesbürger besser ab als die CDU/CSU. Auf einzelnen Politikfeldern bleibt die SPD sogar hinter der Opposition zurück. Dies gilt nicht nur für die Umweltpolitik, wo die Grünen traditionell das mit Abstand meiste Sachvertrauen aller Parteien binden. Bei der inneren Sicherheit und der Terrorbekämpfung überzeugt die AfD derzeit mehr Wahlberechtigte als die Sozialdemokraten, ebenfalls in der Ausländer- und Zuwanderungspolitik. In Wirtschafts- und Digitalisierungsfragen setzen momentan mehr Bürger auf die Liberalen, in der Verkehrspolitik mehr auf die Grünen. Gegenüber der letzten Bundestagswahl haben beide Koalitionspartner in der Bevölkerung an sachpolitischem Rückhalt verloren, die Sozialdemokraten deutlich stärker. Die Bundestagsopposition kann diese Kompetenzeinbußen nur zum Teil kompensieren. Der Anteil der Bundesbürger, die keiner Partei Lösungen in den einzelnen Politikfeldern zutraut, ist gegenüber der Bundestagswahl durchweg gestiegen. Insbesondere bei der Rentenpolitik, bei der Digitalisierung sowie der Wohnungs- und Verkehrspolitik setzen überdurchschnittlich viele Bürgerinnen und Bürger derzeit auf keine der Parteien.

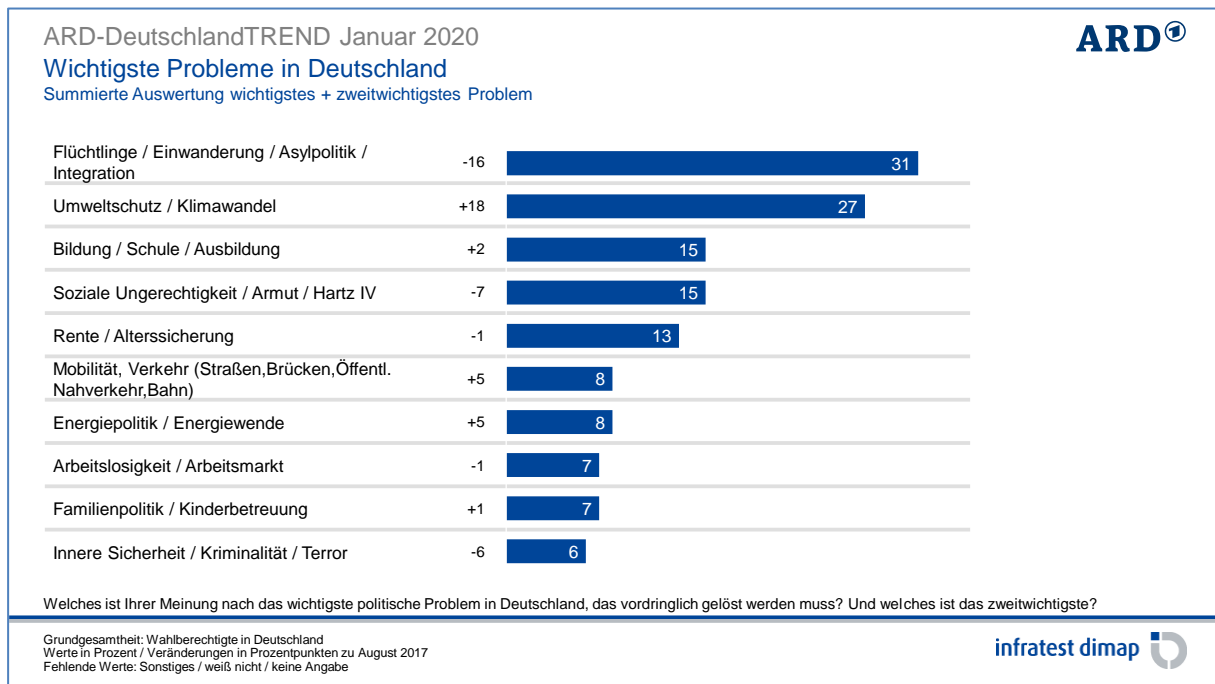
Die politische Stimmung in Deutschland ist zum Jahresauftakt weitgehend stabil. Von der etwas besseren Bewertung der Regierungsarbeit profitiert die Union, die sich im Vergleich zu Dezember leicht verbessern kann und nach einem Plus von 2 Prozentpunkten auf 27 Prozent kommt. Der Rückhalt für die SPD stagniert bei 13 Prozent. Damit würden die Regierungsparteien mit einem Wähleranteil von 40 Prozent eine Mehrheit aber weiter deutlich verfehlen. Zweitstärkste Kraft bleiben die Grünen mit unverändert 23 Prozent. Für die AfD würden sich aktuell 14 Prozent entscheiden, sie müsste damit im Vergleich zum Dezember einen Punkt abgeben. Die FDP könnte unverändert mit 9 Prozent, die Linke mit unverändert 8 Prozent rechnen. Alle anderen Parteien kämen zusammen genommen auf 6 Prozent.

Sorgen überwiegen zu Beginn des neuen Jahres



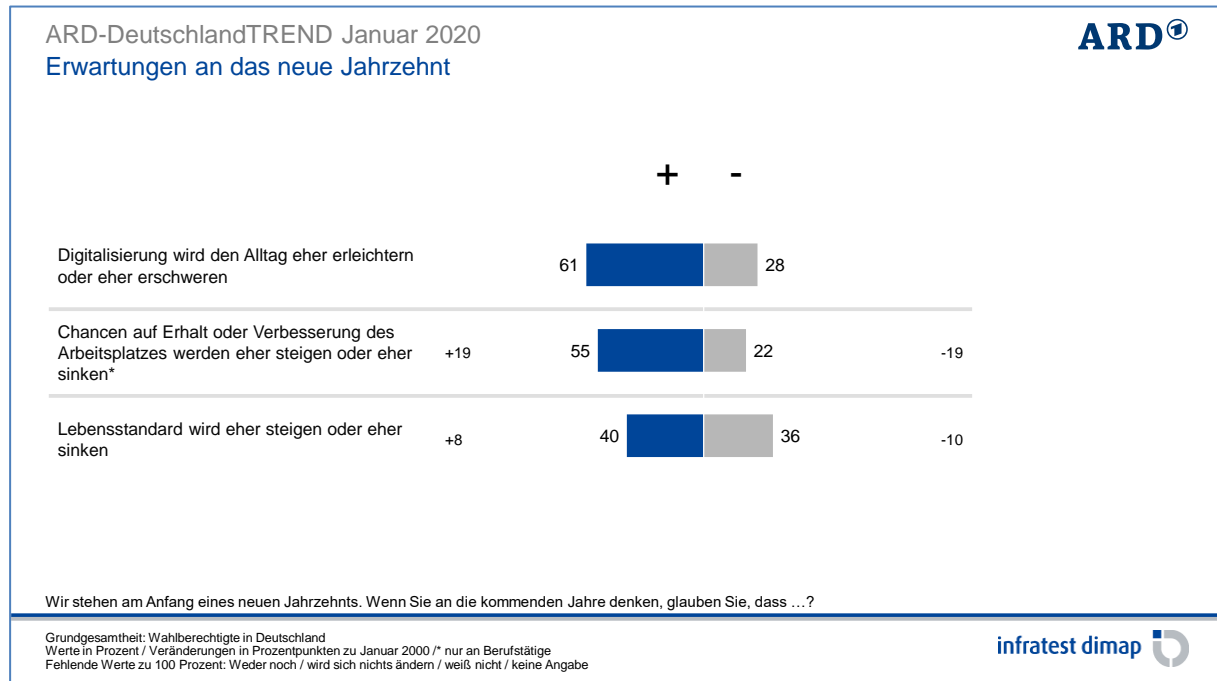
Unter den Deutschen überwiegen auch zu Beginn des Jahres 2020 die Sorgen. Ähnlich wie 2019 geben die Verhältnisse in Deutschland für sechs von zehn Deutschen Anlass zur Beunruhigung (60 Prozent; +1 zu März 2019), ein gutes Drittel (35 Prozent; +/-0) stimmen die bestehenden Gegebenheiten zuversichtlich. In den Reihen von Union (49:46 Prozent) und Grünen (49:47 Prozent) halten sich Zuversicht und Beunruhigung aktuell in etwa die Waage. Bei den Anhängern von SPD (37:57 Prozent) und FDP (36:63 Prozent) überwiegt die Skepsis. Am sorgenvollsten aber äußern sich die Anhänger einerseits der Linken (15:70 Prozent), andererseits der AfD (7:90 Prozent). Die aktuelle Grundstimmung der Bundesbürger entspricht der langfristigen Trendreihe, lediglich zu Beginn des Jahrtausends überzog die Zuversicht (Januar 2000: 53:39 Prozent).

Wichtigste politische Probleme: Zuwanderung und Klima



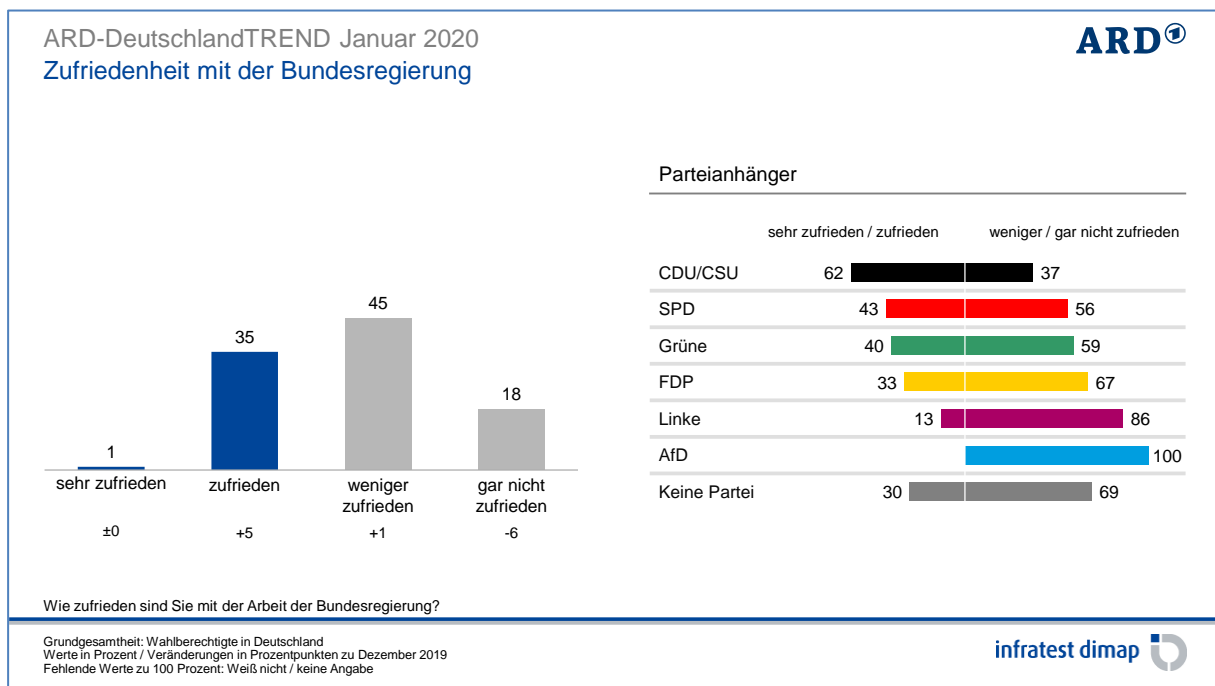
Bei den politischen Problemen, die die Deutschen zu Jahresbeginn besonders bewegen, stehen Fragen von Zuwanderung (31 Prozent) und Klimaschutz (27 Prozent) an oberster Stelle. Mit deutlichem Abstand folgen Bildung (15 Prozent), eine wachsende soziale Ungleichheit (15 Prozent) und die Altersvorsorge (13 Prozent). Dagegen spielen Arbeitsmarkt- (7 Prozent) und Wirtschaftsaspekte (5 Prozent) in der Problemwahrnehmung der Deutschen trotz einer zuletzt stockenden Konjunktur nach wie vor eine nur nachgeordnete Rolle. Gegenüber der letzten Bundestagswahl hat sich die Problemsicht der Bundesbürger deutlich verändert. Insbesondere Zuwanderungs- (-16) und Ungleichheitsfragen (-7) werden von den Bundesbürgern wesentlich seltener benannt als 2017, Umwelt- und Klimaschutzfragen dagegen erkennbar häufiger (+18) als vor der letzten Bundestagswahl.

Zukunftserwartungen: Digitalisierung wird Alltag erleichtern, gute Beschäftigungschancen, Sorgen beim Lebensstandard



Der nach wie vor geringe Stellenwert von Wirtschafts- und Arbeitsmarktproblemen spiegelt sich in einer positiven Bewertung der eigenen Beschäftigungschancen. So überwiegt unter den Erwerbstätigen die Einschätzung, dass ihre Chancen auf Erhalt ihres jetzigen Arbeitsplatzes oder auf den Wechsel in eine neue und bessere Tätigkeit in den kommenden Jahren eher steigen (55 Prozent) als sinken (22 Prozent) werden. Weniger optimistisch sind die Deutschen, wenn es um die Entwicklung des eigenen Lebensstandards geht: 40 Prozent rechnen mit einem wachsenden Lebensstandard, ein gutes Drittel (36 Prozent) dagegen mit einem sinkenden. In Fragen der Digitalisierung zeigen sich die Deutschen zu Beginn des neuen Jahrzehnts alles andere als technikskeptisch: Sechs von zehn erwarten, dass die Digitalisierung ihren Alltag in den kommenden Jahren erleichtern (61 Prozent) statt erschweren (28 Prozent) wird.

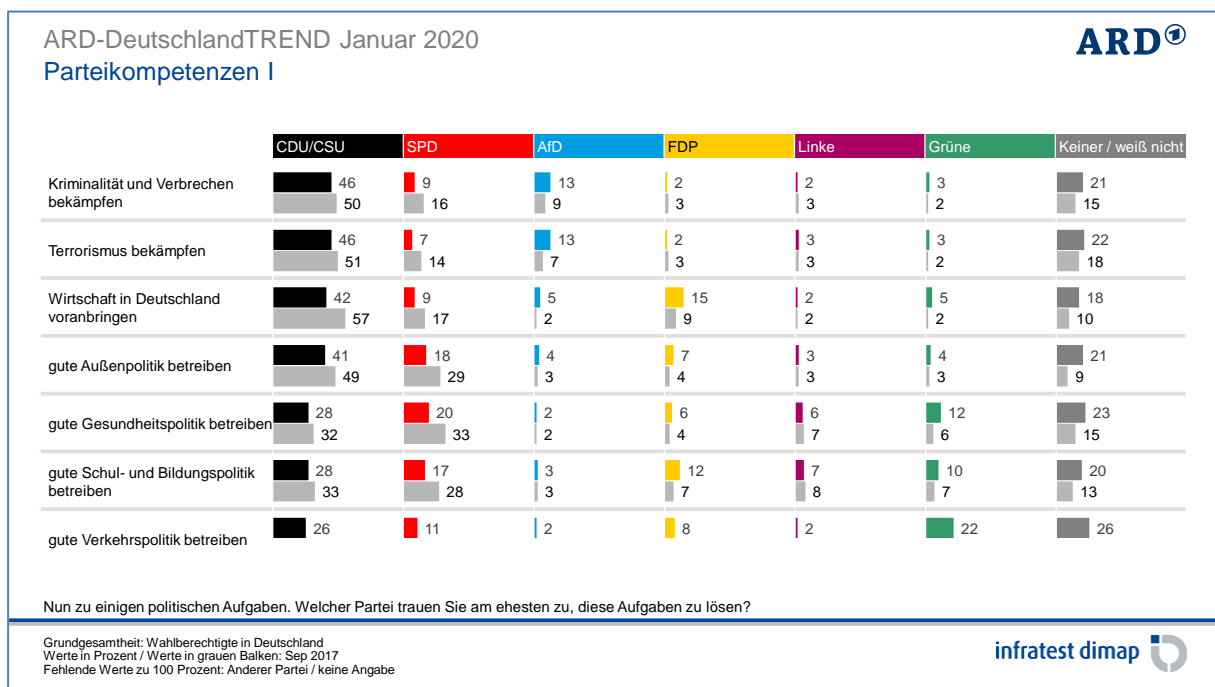
Regierungsarbeit: Kritik leicht gesunken



Die Sicht der Deutschen auf die Bundespolitik bleibt zu Beginn des neuen Jahrzehnts nüchtern. Auch wenn die schwarz-rote Koalition im Urteil leicht besser abschneidet als zum Jahresende, üben knapp zwei Drittel der Bundesbürger (63 Prozent; -5 zu Dezember) nach wie vor Kritik an der Regierungsarbeit. Nur ein gutes Drittel (36 Prozent; +5) äußert sich zufrieden. Nach wie vor überzeugt das Berliner Kabinett mehrheitlich allein die Anhänger der Union (62:37 Prozent). In den Reihen des Koalitionspartners SPD (43:56 Prozent) wie auch der oppositionellen Grünen (40:59 Prozent) überwiegen die kritischen Stimmen, noch deutlicher im FDP-Lager (33:67 Prozent). Massiv ist die Unzufriedenheit mit der Regierungsarbeit bei den Anhängern von Linken (13:86 Prozent) und AfD (0:100 Prozent).

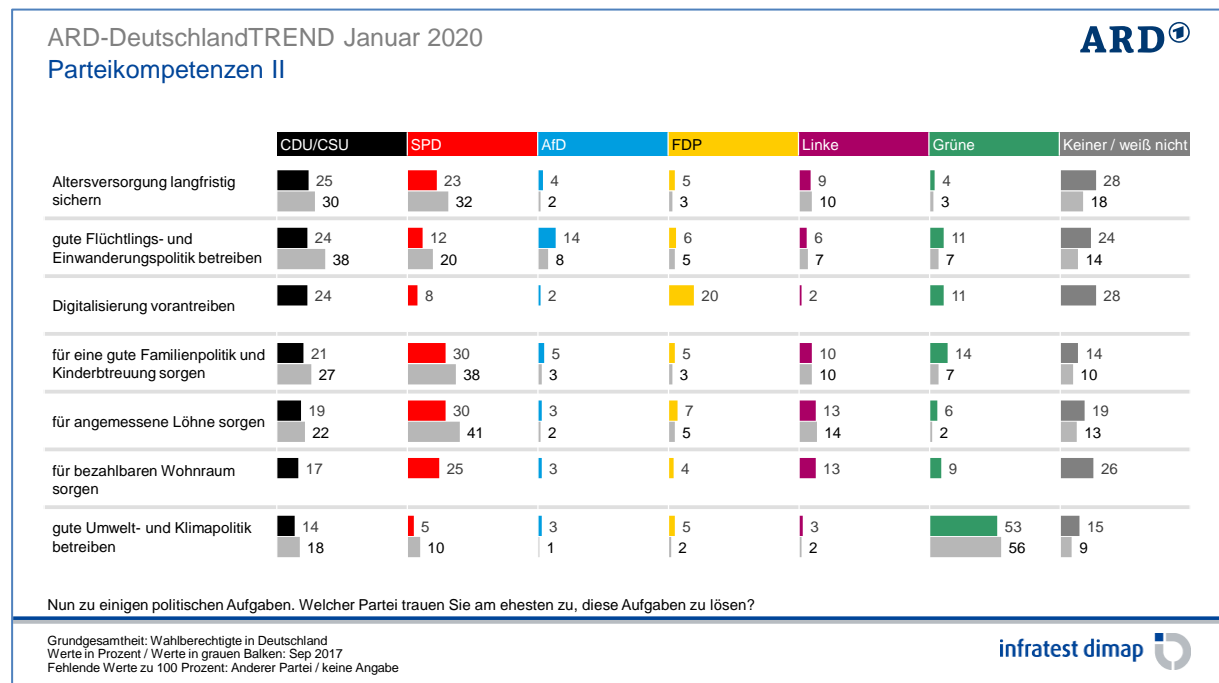
Parteikompetenzen: Schwarz-Rot mit Vertrauensdefizit bei Umwelt, Zuwanderung und Digitalisierung

Gemessen an ihren gemeinsamen Kompetenzwerten leiden die Berliner Regierungsparteien vor allem in den Bereichen Umwelt, Zuwanderung und Digitalisierung unter Vertrauensdefiziten. In Fragen der Digitalisierung überzeugen Unionsparteien (24 Prozent) und Sozialdemokraten (8 Prozent) zusammen nur knapp ein Drittel der Bundesbürger (32 Prozent), in der Zuwanderungspolitik nur gut jeden Dritten (36 Prozent). In der Umwelt- und Klimapolitik setzt aktuell sogar nur jeder fünfte Wahlberechtigte (19 Prozent) auf Union (14 Prozent) und SPD (5 Prozent). Dem gegenüber steht ein nach wie vor vergleichsweise großes Sachvertrauen in die Volksparteien insbesondere in Fragen der Außen- (59 Prozent), Familien- und Wirtschaftspolitik (jeweils 51 Prozent), ebenso bei der inneren Sicherheit (55 Prozent) und der Terrorbekämpfung (53 Prozent). Hier vertraut jeweils mindestens die Hälfte der Bundesbürger auf Union und SPD.

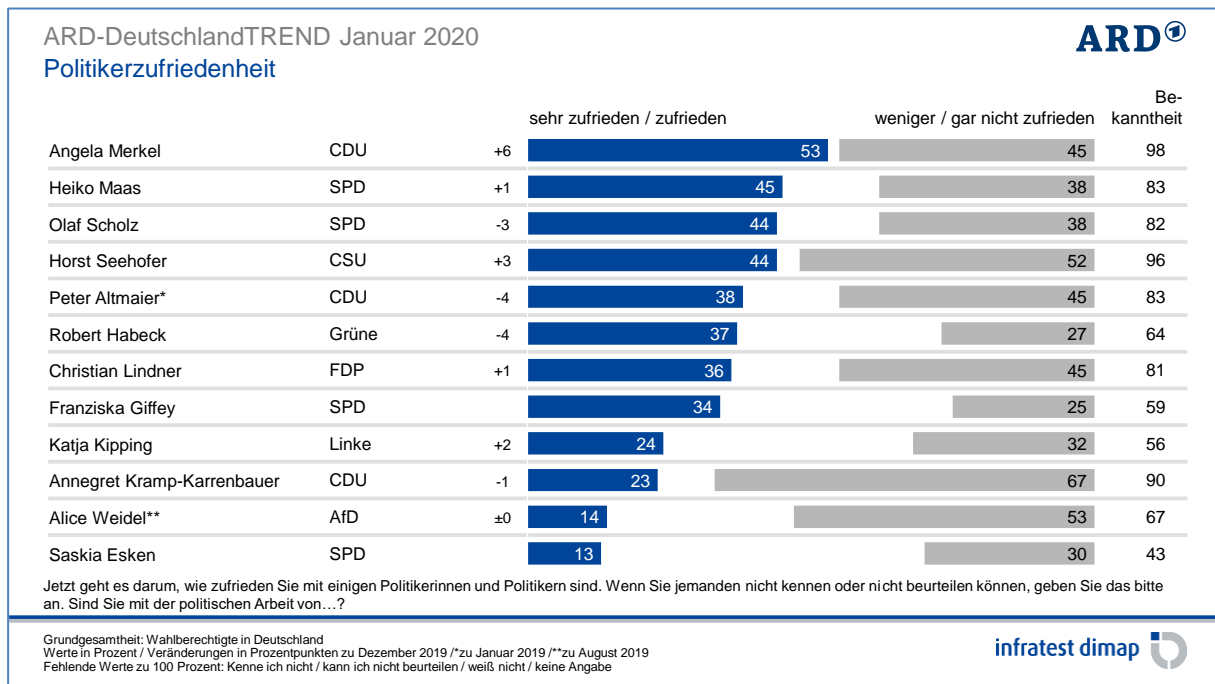


Allerdings besteht zwischen den Berliner Bündnispartnern ein deutliches Kompetenzgefälle, das im Regelfall zugunsten der Unionsparteien ausfällt. Lediglich in der Familienpolitik (30:21 Prozent), beim Einsatz für angemessene Löhne (30:19 Prozent) und für bezahlbaren Wohnraum (25:17 Prozent) schneidet die SPD im Kompetenzurteil der Bundesbürger derzeit besser ab als CDU/CSU. Auf einzelnen Politikfeldern bleibt die SPD zu Beginn des neuen Jahrzehnts sogar hinter der Opposition zurück. Dies gilt nicht nur für die Umweltpolitik, wo die Grünen (53 Prozent) traditionell das mit Abstand meiste Sachvertrauen aller Parteien binden. Bei der inneren Sicherheit (9:13 Prozent) und der Terrorbekämpfung (7:13 Prozent) überzeugt die SPD aktuell weniger Wahlberechtigte als die AfD, ebenfalls in der Ausländer- und Zuwanderungspolitik (12:14 Prozent). In Wirtschafts- (9:15 Prozent) und Digitalisierungsfragen (8:20 Prozent) setzen momentan mehr Bürger auf die Liberalen. In der Verkehrspolitik haben die Sozialdemokraten gegenüber den Grünen das Nachsehen (11:22 Prozent).

Gegenüber der letzten Bundestagswahl haben beide Koalitionspartner an sachpolitischem Rückhalt verloren, die Sozialdemokraten deutlich stärker als die Unionsparteien. In den Reihen der Opposition konnten dagegen die Grünen bei der Familienpolitik (14 Prozent; +7), der Gesundheitspolitik (12 Prozent; +6) und der Zuwanderungspolitik (11 Prozent; +4) deutlich zulegen. Die AfD verbessert sich ebenfalls in der Zuwanderungspolitik (14 Prozent; +6), bei der inneren Sicherheit (13 Prozent; +4) und der Terrorbekämpfung (13 Prozent; +6), die Liberalen in der Wirtschafts- (15 Prozent; +6) und Bildungspolitik (12 Prozent; +5). Allerdings kann die Bundestagsopposition die Kompetenzeinbußen von Union und SPD nur zum Teil kompensieren. Der Anteil der Bundesbürger, die keiner Partei Lösungen in einzelnen Politikfeldern zutraut, ist gegenüber der Bundestagswahl durchweg gestiegen. Insbesondere bei der Rentenpolitik, bei der Digitalisierung (jeweils 28 Prozent) sowie der Wohnungs- und Verkehrspolitik (je 26 Prozent) setzen überdurchschnittlich viele Bürgerinnen und Bürger derzeit auf keine der Parteien.



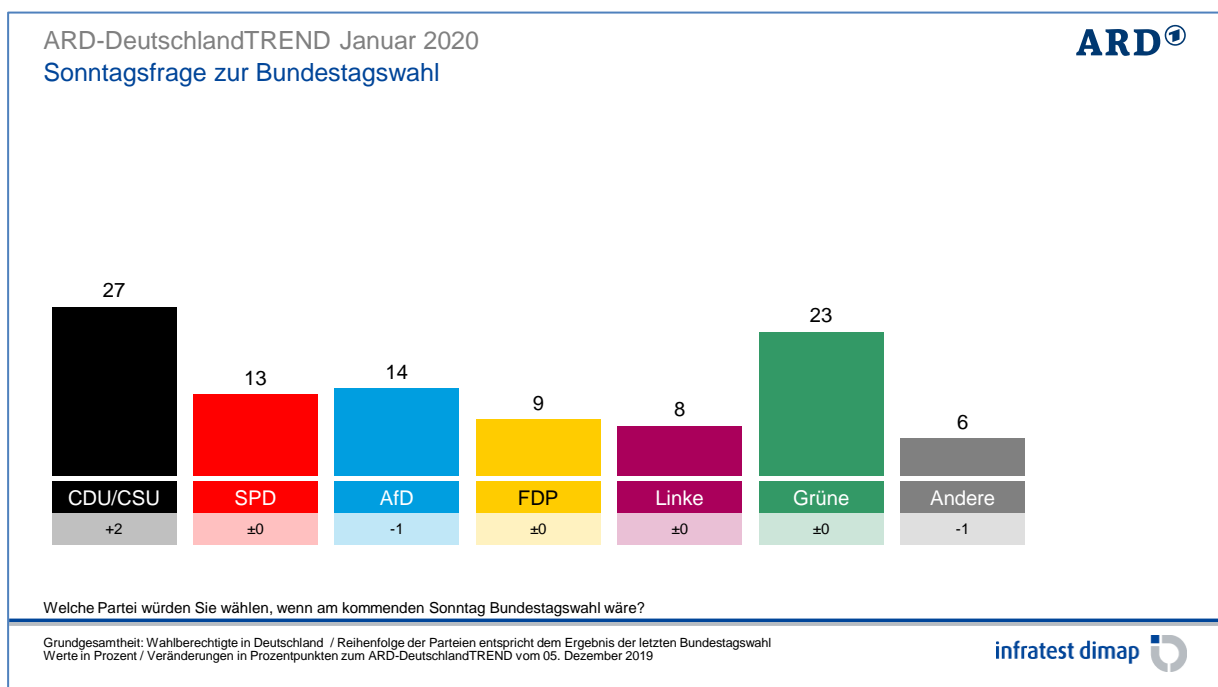
Politikerzufriedenheit: Kanzlerin Merkel führt Politikerliste an

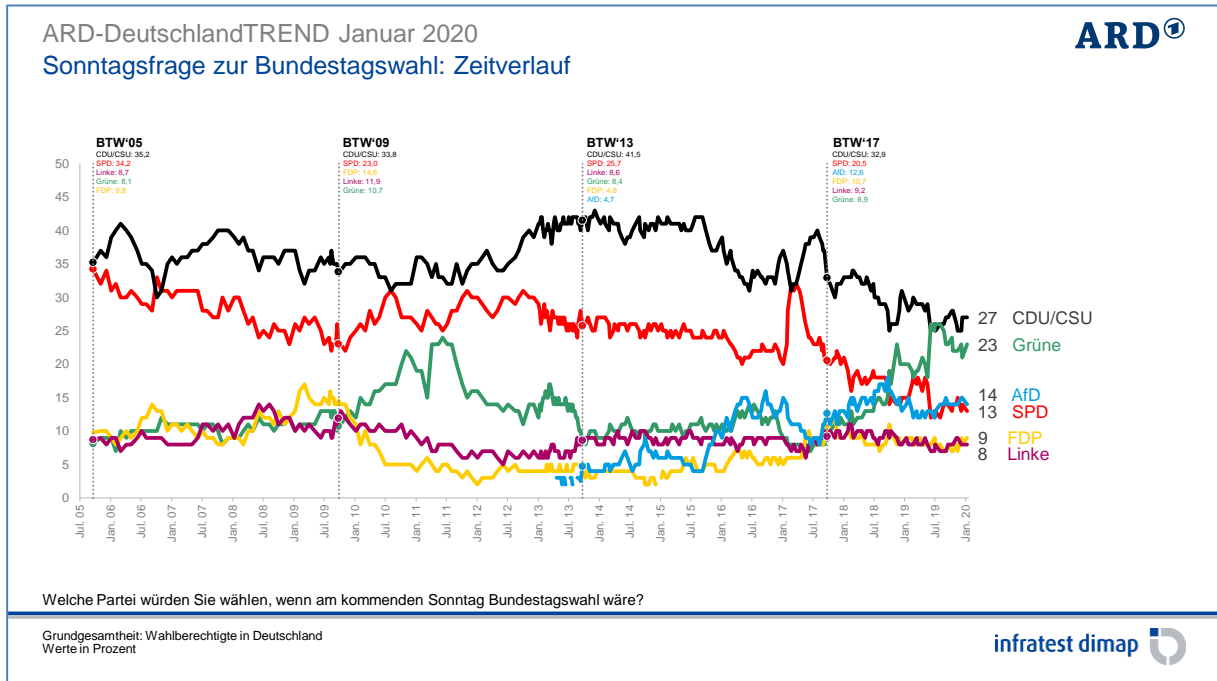


Angela Merkel nimmt nach deutlichem Ansehensgewinn mit 53 Prozent Zustimmung (+6 zum Vormonat) zu Jahresbeginn wieder den Spitzenplatz im Politikerranking ein. SPD-Außenminister Heiko Maas steht mit einem Zuspruch von 45 Prozent (+1) an zweiter Stelle, gefolgt von SPD-Finanzminister Olaf Scholz (44 Prozent; -3) und CSU-Innenminister Horst Seehofer (44 Prozent; +3). Im Mittelfeld platzieren sich CDU-Wirtschaftsminister Peter Altmaier (38 Prozent; -4 zu Januar 2019), Grünen-Chef Robert Habeck (37 Prozent; -4), der FDP-Vorsitzende Christian Lindner (36 Prozent; +1) und SPD-Familienministerin Franziska Giffey (34 Prozent). Für Peter Altmaier ist dies der schlechteste Wert in seiner Zeit als Bundeswirtschaftsminister. Das hintere Drittel wird angeführt von der Linken-Vorsitzenden Katja Kipping (24 Prozent; +2) und der CDU-Vorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer (23 Prozent; -1). Die Fraktionschefin der AfD Alice Weidel erfährt einen Zuspruch von 14 Prozent. Die neue SPD-Vorsitzende Saskia Esken ist sechs von zehn Bundesbürgern zu wenig bekannt, um sich ein Urteil zu bilden. Die Kritik an ihrer Person überwiegt mit 30 Prozent aber deutlich die Zustimmung (13 Prozent).

Politische Stimmung zum Jahresauftakt weitgehend stabil, Union mit leichten Zugewinnen

Die politische Stimmung in Deutschland ist zum Jahresauftakt weitgehend stabil. Von der etwas besseren Bewertung der Regierungsarbeit profitiert die Union, die sich im Vergleich zu Dezember leicht verbessern kann und nach einem Plus von 2 Prozentpunkten auf 27 Prozent kommt. Der Rückhalt für die SPD stagniert bei 13 Prozent. Damit würden die Regierungsparteien mit einem Wähleranteil von 40 Prozent eine Mehrheit aber weiter deutlich verfehlen. Zweitstärkste Kraft bleiben die Grünen mit unverändert 23 Prozent. Für die AfD würden sich aktuell 14 Prozent entscheiden, sie müsste damit im Vergleich zum Dezember einen Punkt abgeben. Die FDP könnte unverändert mit 9 Prozent, die Linke mit unverändert 8 Prozent rechnen. Alle anderen Parteien kämen zusammen genommen auf 6 Prozent.





Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

ARD-DeutschlandTREND Januar 2020

Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 60:40)	
WDR-Autorin	Ellen Ehni	0221 220-1800
WDR-Redakteur	Florian Riesewieck	0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung infratest dimap	Roberto Heinrich	030 533 22 - 0
Erhebungsverfahren	Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl	1.006 Befragte Sonntagsfrage: 1.506 Befragte	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	07. bis 08. Januar 2020	
Schwankungsbreite	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Dr. Nico Siegel	030 53322-0
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3